

## **BDS-Forderungen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP**

### Bemerkung

Die folgenden Punkte des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und FDP stellen direkte Übereinstimmungen mit den in den Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2009 veröffentlichten Positionen des BDS dar, kommen den jahrelangen vehementen Forderungen des BDS sehr entgegen oder sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Sie sind somit das Ergebnis des jahrelangen Einsatzes des Bundesverbandes der Selbständigen für seine kleinen und mittelständischen Mitgliedsbetriebe und können zu Recht als klarer Erfolg des BDS gewertet werden.

Allein das folgende Zitat aus dem Koalitionsvertrag lässt darauf hoffen, dass endlich eine Mittelstandspolitik in Angriff genommen wird, die ihren Namen auch wirklich verdient.

„Der Mittelstand ist das Herz der Sozialen Marktwirtschaft. Über 4 Mio. Selbständige und mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer in Industrie, Handwerk, Handel Dienstleistungen und den Freien Berufen sind Motor für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland. Gemeinsam mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schaffen sie Werte und sorgen mit Kreativität und Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eigentümergeführte Familienunternehmen stehen für nachhaltiges Denken, gesellschaftlichen Zusammenhalt und solides Wirtschaften.“

## **1. Wirtschaftspolitik**

### Investitionsbereitschaft

Union und FDP erklären, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht durch höhere Arbeitskosten konterkariert werden darf.

### Leistungsbereitschaft

Union und FDP wollen die Motivation und Leistungsbereitschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmer dadurch stärken, indem sofort damit begonnen werden soll, die Steuern zu senken, Bürokratie abzubauen und Anreize für reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen.

### Bürokratieabbau

- Zur Eindämmung der Bürokratiekosten sollen die gesetzlichen Informationspflichten für Bürger und die gesetzlichen Handlungspflichten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung geprüft werden, bevor Gesetze erlassen werden.

- Für den Normenkontrollrat soll die Möglichkeit der Gesetzesbefristung ausdrücklich untersucht werden.
- An der bestehenden Verpflichtung, die gemessenen Kosten aus bundesrechtlichen Informationspflichten der Wirtschaft bis 2011 um netto 25 Prozent (im Vergleich zu 2006) zu senken, wird festgehalten.
- Dazu soll Bürokratiereduzierung in folgenden Bereichen vorgenommen werden:
  - Planungs- und Baurecht von Infrastrukturvorhaben;
  - Steuererklärungen, steuerliche und zollrechtliche Nachweispflichten;
  - Harmonisierung und Verkürzung der Aufbewahrungs- und Prüfungspflichten nach Handels-, Steuer- und Sozialrecht;
  - Betriebliche Beauftragte;
  - Antrag auf gesetzliche Leistungen, insbesondere für Existenzgründer und Kleinunternehmen sowie bei drohender Firmeninsolvenz;
  - Erleichterung der elektronischen Übermittlung der Gewerbeanzeige
- Geprüft werden sollen weiterhin die Verpflichtungen und Schwellenwerte des Handels-, Steuer-, Arbeits- und Sozialrechts hinsichtlich einer rechtsbereichsübergreifenden Harmonisierung.
- EU-Linien werden wettbewerbsneutral „1 zu 1“ umgesetzt.
- Das geltende AGG soll ebenfalls hinsichtlich eines möglichen Bürokratieabbaus geprüft werden.

#### Genehmigungsverfahren

- Es soll geprüft werden, ob bundesgesetzlich geregelte Genehmigungsverfahren verkürzt und beschleunigt werden können.

#### Vergaberecht

- Das Verfahren und die Festlegung der Vergaberegeln sollen insgesamt vereinfacht und transparenter gestaltet werden.
- Die Transparenz im Unterschwellenbereich wird gestärkt.
- Die Erfahrungen aus der Anhebung der Schwellenwerte in der VOB und der VOL werden evaluiert. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse sollen bei der Reform des Vergaberechts berücksichtigt werden.
- Dazu gehören soll ein wirksamer Rechtsschutz bei Unterschwellenaufträgen.
- Ein Gesetzentwurf ist bis Ende 2010 vorgesehen.
- Das Bauforderungssicherungsgesetz steht vor einer baldigen umfänglichen Überprüfung hinsichtlich der Zielerreichung.
- Die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand bedarf einer deutlichen Verbesserung. Geprüft und gegebenenfalls korrigiert werden soll die 2009 eingeführte Berücksichtigung vergabefremder Aspekte.

#### Pfändungsschutz der Altersvorsorge Selbständiger

Die Pfändungsfreigrenzen für die Altersvorsorge Selbständiger sollen regelmäßig angepasst werden, um das Risiko der Altersarmut für Selbständige erheblich zu verringern.

#### Berufliche Bildung

- Die Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“ soll weitergeführt und ausgebaut werden.
- Die Rahmenbedingungen für die duale Berufsausbildung sollen flexibilisiert und den betrieblichen Erfordernissen angepasst werden.

## **2. Arbeitsmarktpolitik**

### Tarifautonomie / gesetzlicher Mindestlohn

Die Koalitionsparteien bekennen sich zur Tarifautonomie, die Vorrang vor staatlicher Lohnfestsetzung haben soll.

Somit wird ein gesetzlicher Mindestlohn abgelehnt.

- Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Mindestlohn sollen bis Oktober 2011 evaluiert werden.
- Dabei wird geprüft, ob Arbeitsplätze gefährdet und die Schaffung neuer Beschäftigungsverhältnisse durch die bestehenden Regelungen verhindert wird.
- Entschieden werden soll dann, ob die geltenden Regelungen weiteren Bestand haben oder aufgehoben werden sollten.
- Die Rechtsprechung zum Verbot sittenwidriger Löhne soll gesetzlich festgeschrieben werden.

### Befristete Beschäftigungsverhältnisse

Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse soll derart umgestaltet werden, dass die sachgrundlose Befristung nach einer Wartezeit von einem Jahr auch dann möglich wird, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein Arbeitsverhältnis bestanden hat.

## **3. Sozialpolitik**

### Mitarbeiterkapitalbeteiligung

- Die Kapitalbeteiligungen von Mitarbeitern an ihrem Unternehmen sollen gleichzeitig auch unternehmerische Mitverantwortung bedeuten.

### Gesetzliche Unfallversicherung

Der Leistungskatalog soll überprüft, die Wirtschaftlichkeit der gewerblichen Berufsgenossenschaften verbessert und das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung entbürokratisiert werden.

### Krankenversicherungssystem

Union und FDP bekennen sich zu den privaten Krankenversicherungen ebenso wie zu den gesetzlichen.

## 4. Steuerpolitik

### Steuern

- Das Steuersystem soll „einfach, niedrig und gerecht“ gestaltet und die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent gehalten werden.
- Die erweiterte Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge soll beibehalten werden.
- Auch soll die kalte Steuerprogression beseitigt werden.
  
- Anwendung der Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 Euro oder der Poolabschreibung für alle Wirtschaftsgüter zwischen 150 und 1000 Euro

### Erbschaftsteuer

Die Regelungen zur Erbschaftsteuer sollen „entbürokratisiert, familiengerechter, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher“ ausgestaltet werden.

In einem Sofortprogramm wollen die Union und die FDP dazu neben einer speziellen Geschwisterregelung die Bedingungen für die Unternehmensnachfolge krisenfest ausgestalten.

- Die Zeiträume, innerhalb dessen das Unternehmen weitergeführt werden soll, will man verkürzen.
- Außerdem ist eine Absenkung der erforderlichen Lohnsummen geplant.
- In Abstimmung mit den Ländern soll geprüft werden, ob die Erbschaftsteuer hinsichtlich Steuersätzen und Freibeträgen regionalisiert werden kann.

### Unternehmensbesteuerung

- Die Union und die FDP wollen sich des Problems der Zweifachbesteuerung von Unternehmenserträgen auf der Ebene der Unternehmen und Anteilseigner einerseits und der nur einfachen Besteuerung der Erträge aus risikoarmen Zinsprodukten andererseits annehmen.
- Eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung soll auch den Ersatz der Gewerbesteuern durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.

### Umsatzsteuer

- Einen Beitrag zur Bekämpfung des Steuerbetrugs und zur Verbesserung der Zahlungsmoral soll die Umstellung auf die Ist-Besteuerung sowohl auf Leistungserbringer- als auch auf Leistungsempfängerseite leisten. Dazu soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang das Prinzip der Ist-Besteuerung der Umsätze ausgeweitet werden kann.
- Der Mehrwertsteuersatz soll im Bereich Hotel- und Gastronomiegewerbe auf 7 Prozent ermäßigt werden.

